

Die Halle überführt bei zweimaliger  
Anzahlung 2,50 M., durch die Post  
2,25 M. an die Anstaltsgeldkasse.  
Bestellungen werden von allen Kreis-  
postämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitung-Berichtsblatt  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Für monatlich eingehende Nummern  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe  
Geneh-1914-15 gestattet.

# Saale-Zeitung.

werden die Gesandten Kolowrat  
oder dem Mann mit 80 Pf., welche  
aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in  
unseren Annoncenstellen und allen  
Annoncen-Expeditionen angenommen.  
Klammern die Seite 75 Pf. für Halle,  
sonst 10 Pf.

Ersteinst täglich einmal,  
Sonntags und Feiertags einmal

Redaktion und Druck-Verlag.  
Halle, Halle, Br. Brunnstraße 17;  
Verlags-Geschäftsstelle Markt 24.

Sechshundertziger Jahrgang.

Nr. 60.

Halle a. S., Dienstag, den 6. Februar.

1912.

## China — kaiserliche Republik.

Beijing, 5. Februar. Ein kaiserliches Edikt befiehlt  
Juanqishai, die Republik mit Hilfe der Republikaner  
des Südens zu bilden. Das Publikum ist von der Ab-  
dankung noch nicht in Kenntnis gesetzt. Unruhen werden  
nicht erwartet.

Das Edikt, das Juanqishai beauftragt, die Republik zu  
errichten, wird voraussichtlich erst veröffentlicht werden, wenn  
die Vorbereitungen im Süden vollständig sind. Juanqishai  
verläßt, die republikanische Regierung in Nanjing zu über-  
nehmen, ihre Macht auf ihn zu übertragen, damit er ganz China  
regieren kann, bis der Nationalkongress eine permanente  
Regierung einsetzt und eine Verfassung gegeben hat. Man  
nimmt an, daß vorläufig zwei provisorische Regierungen nebenein-  
ander regieren werden. Juanqishai bekämpft die Verlegun-  
gen der Hauptstadt und befürwortet die Berufung eines  
Nationalkongresses für Nordchina. Die Republikaner wünschen,  
daß Nanjing Hauptstadt werde. — Der

### Rücktritt der Dynastie

von der Ausführung der Staatshandlung liegt danach als Tat-  
sache vor. Der Kaiser behält nach der Abkündigung des Ediktes  
Rang und Titel und die Vollziehung der Staatsopfer. Peking  
bleibt wichtigste Residenz des Kaisers und des Hofes.  
Juanqishai ist beauftragt, die Regierung in Nanjing zu veran-  
lassen, die Verwaltung des ganzen Reiches einstweilen an  
ihn abzugeben.

Unter der von der Kaiserinwitwe angeordneten „Republik“  
hat man sich, nach einem kaiserlichen Telegramm des „Daily  
Telegraph“, keineswegs eine französische oder amerikanische  
Staatsform vorzuziehen. Die chinesischen Staatsmänner haben  
im Gegenteil eine echt chinesische Lösung des Problems ge-  
funden. Dem Kaiser bleiben alle die Würden eines „Sohnes  
des Himmels“, alle die Privilegien eines „Hohenpriesters“;  
er wird also in Zukunft ein Dalaï Lama ohne weltliche Macht  
sein; auf diese wird in dem Edikt der Kaiserin ein für allemal  
verzichtet, doch bleibt dem Kaiser das Recht der Verlei-  
hung von Titeln vorbehalten. Wie um diesem Vorbesatz  
besonderes Gewicht zu verleihen, erklärt Juanqishai, daß er  
den ihm unlängst verliehenen Titel eines Marquis annehmen  
werde. Die Proklamation der Republik ist noch nicht ver-  
öffentlicht, weil Juanqishai vorher noch mehr ihm ergebene  
Truppen in Peking zusammenzubringen wünscht.

Wetinger Zeitungen bringen jedoch bereits Nachrichten  
über die Zusammenstellung der neuen Regierung, nach denen  
Juanqishai der Präsident, Hsünanung, der Rebellengeneral  
von Hanau, Vizepräsident, Tuantschui Kriegsminister,  
Wutingfang Justizminister und Huang-Schin Chef des General-  
stabes werden wird. Sunjatsen soll sich verabschiedet haben,  
zugunsten Juanqishais zurückzutreten. Verschiedene Depeschen  
deuten an, daß seine Umgebung erkannt hat, daß er nicht das  
Zug zum Regieren hat.

## Graf Wolff-Metternich vor Gericht.

Beclin, 5. Februar.

Der erste der drei noch ausstehenden Metternich-Prozesse  
fiel heute vor dem Schöffengericht Schöneberg zur Verhand-  
lung. Es ist ein Beamtenbeleidigungsprozeß, bei dem Graf  
G. Wolff-Metternich als Beschuldigter, einen  
Telegraphenbedienten und eine Telegraphistin beleidigt zu  
haben.

Am 10. März v. J. führte der Angeklagte von seiner Woh-  
nung aus ein telefonisches Gespräch, bei dem die von ihm  
gewünschte Verbindung ihm nicht schnell genug zustande kam.  
Er soll nun die ihn beleidigende Telefonistin durch die Worte  
beleidigt haben: „Sperrten Sie Ihr Maul auf!“ Als die Dame  
dann den aufstehenden Beamten herbeikam, soll Graf  
Metternich zu diesem geäußert haben: „Es dumme Kauf-  
bengel, halten Sie die Schamze, verfluchte Sauwirtschaft!“  
Wegen dieser Beleidigung stellte die Oberpostdirektion Straf-  
antrag wegen Beleidigung und die Staatsanwaltschaft erhob  
Anklage.

Die heutige Verhandlung wurde geleitet vom Amts-  
gerichtsrat Belgard. Als Vertreter des Angeklagten fungiert  
Rechtsanwalt Walter Jaffe. Als Zeugen sind geladen der  
Telephonsekretär Müller und die Telephonistin Fräulein  
Bollig.

Außer den Beleidigten melden sich beim Zeugnisauf-  
ruf noch eine Telegraphistin Müller und ein Kaufmann  
Edm. Graf Wolff-Metternich wird aus der Untersuchung  
bald vorgeführt, da die aus der 10. Strafammer des Land-  
gerichts I. derzeit gegen ihn erkannte Strafe von Metternich  
bereits verbüßt worden ist. Die Untersuchungsakten ist über  
den Angeklagten verhängt worden wegen der bekannten falsch-  
placierten Stallmann und Genossen, in die Metternich ver-  
wickelt ist, und die noch in diesem Monat, allerdings ohne den  
stichtigen Hauptangeklagten Stallmann, verhandelt werden  
soll. Ferner steht am 9. Februar Termin zu einer Verhand-  
lung wegen Überhandes gegen die Staatsgewalt an. Metternich  
soll sich bei dieser Sache zwei Anfechtungen im Strafverfahren  
Widerstand leisten haben.

Der Angeklagte stellt heute bedeutend freischer aus als in  
der Hauptverhandlung wegen Betruges. Sein hart ausge-  
prägtes Selbstbewußtsein hat ihn augenblicklich noch nicht  
verlassen. Er unterläßt sich, nach seinem Eintritt in den Saal

lächend und scherzend mit seinem Verteidiger Jaffe. Als der  
Vorlesende eine Vorstrafe wegen Beleidigung erwähnt, be-  
merkt der Angeklagte dazu, die Beleidigungsstrafe habe er  
in einer Silbestertraße kontrahiert.

„Ich hatte diesmal“, sagte er, „ein Kontrakt mit einem  
Schwamm. Wäre das zu einer anderen Zeit und nicht in der  
Silbestertraße gewesen, so hätte ich keine gerichtliche, son-  
dern eine Polizeistrafe erhalten.“

### Ein Protest der Verteidigung.

Hierauf widerpricht der Verteidiger Jaffe der Gültigkeit  
des heutigen Verfahrens. Die Straftat, die dem Angeklagten  
zur Last gelegt wurde, die Beamtenbeleidigung, sei erfolgt, noch  
bevor er das erste Mal wegen Betrugs von den österreichischen  
Strafbehörden ausgeliefert worden ist. Die Beamten-  
beleidigung sei erfolgt im März, und seine Auslieferung im  
Mai. Infolgedessen sei es zweifelhaft, ob Metternich wegen  
Beleidigung bestraft werden könne. Der Verteidiger ergeht  
sich dann in längeren Ausführungen über die Grundzüge des  
internationalen Rechtes und des Auslieferungsvertrages mit  
Österreich. Die Auslieferung müsse, wenn der Angeklagte  
strafrechtlich verfolgt werden solle, zweifellos noch erst nach-  
gehakt werden. Auf denselben Standpunkt setze übrigens  
auch der Oberstaatsanwalt des Landgerichts I und der Land-  
gerichtspräsident; das gehe aus einer Antwort hervor, die  
dem Angeklagten auf eine Inmediatsanfrage an den Kaiser  
durch die Justizverwaltung erteilt worden sei. Es handelte  
sich dabei um zwei neue Betrugsfälle, die erst nach Abschluß  
des ersten Betrugsprozesses zur Kenntnis der Behörden ge-  
langt sind, und die nun ebenfalls noch strafrechtlich verfolgt  
werden sollen. Durch diese beiden neuen Fälle ist ein neuer  
Auslieferungsvertrag erforderlich gewesen.

Ferner, führt der Verteidiger aus, bestimmte der Aus-  
lieferungsvertrag, daß das Delikt, wegen dessen ausgeliefert  
wird, auch nach österreichischem Recht strafbar sein müsse, wenn  
es hier verfolgt werden soll. Das österreichische Recht kennt  
aber nur zwei Mafstrafen von Ehrenbeleidigung, nämlich die  
Nachrede ehrenrühriger Handlungen und öffentliche Be-  
schimpfungen. Beides liege in diesem Falle nicht vor. Des-  
halb beantragt die Verteidigung, das heutige Strafverfahren  
auf Kosten der Staatskasse einzustellen.

Der Staatsanwalt erklärt hierauf, es sei ihm im Augen-  
blick nicht möglich, das umfangreiche, von der Verteidigung  
unterbreitete Material zu übersehen. Er beantrage deshalb  
die Vertagung des Prozesses, damit die Staatsanwaltschaft  
in der angegebenen Richtung weitere Ermittlungen an-  
stellen könne.

## Deutsches Reich.

### Glückwunsch des Kaisers an den Grafen Wedel.

# Aus Straßburg wird gemeldet:

Dem kaiserlichen Statthalter Grafen Wedel, der Mon-  
tag seinen 70. Geburtstag feierte, ist nachfolgendes Telegramm  
des Kaisers zugegangen:

„Empfangen Sie, mein lieber Graf, zur heutigen Voll-  
endung Ihres 70. Lebensjahres meine wärmsten Glück-  
und Segenswünsche! Gott der Herr schenke Ihnen auch ferner  
Gesundheit und Kraft, damit Sie noch lange Ihres ver-  
antwortungsvollen Amtes in bewährter Treue walten  
können! Ich bitte Sie, als Zeichen meiner herzlichsten Dank-  
barkeit und meines besonderen Wohlwollens die Ihnen  
direkt zugehende Bülte von mir anzunehmen.“

Wilhelm I. R.“

Weitere, in besonders herzlichen Worten gehaltene Glück-  
wunschschreiben und Glückwunschtelegramme sind eingegangen  
von Kaiser Franz Josef, dem Prinzregenten Luitpold, dem  
Reichskanzler, dem Minister des Äußern Grafen Aehrenthal  
und zahlreichen anderen Würdenträgern und Diplomaten.

### Die deutschen Truppen in China.

(Von unserm Korrespondenten.)

Beclin, 5. Febr. Wie bereits mitgeteilt, ist verfügt  
worden, daß 500 Mann der abzulösenden Mannschaften  
unserer Streitkräfte in Anbetracht der Wirren in China  
zunächst noch in Ostasien bleiben.

Wie offiziell mitgeteilt wird, kommen hierfür keine be-  
stimmten Verbände in Betracht, sondern nur Unteroffiziere  
und Mannschaften, die sich freiwillig melden. Für den frei-  
willigen weiteren Verbleib dürfen sich Angehörige des See-  
bataillons und der Matrosenartillerie berechtigt erklären, während  
die Spezialmatten nicht davon befreit werden. Die zurück-  
behaltenen 500 Mann sollen in Tientsin untergebracht werden.  
Dem Gouverneur würden direkt nur 300 Mann mehr zur  
Verfügung stehen als bisher, da er bereits 200 Mann nach  
Tientsin abkommandiert hat, die jetzt zur Bewachung der Bahn  
Tientsin-Wuhan mit den anderen internationalen Truppen  
Verwendung finden. Eine Auffüllung der Garnison Tientsin  
genu im Einklang mit den notwendigen militärischen Er-  
fordernissen für die Verteidigung des Schutzgebietes gebracht  
werden ist und eine Verringerung nicht erfahren darf. Die  
neu hinzukommenden 300 Mann sollen zur Verfügung stehen,  
wenn außerhalb des Schutzgebietes Truppenleistungen not-  
wendig werden. Abgesehen von den genannten Truppenteilen,  
sind nun noch 25 Mann unter dem Kommando von Oberst  
Kommando der Wetinger Gefandtschaftswache in Tientsin.  
Letztere weist die Stärke von 125 Köpfen auf. Auch nach  
dieser Verlesung, unserer Streitkräfte bleibt unter mili-

tärisches Aufgebot in China recht erheblich gegen das andere  
Staaten zurück. In Tientsin und Umgegend hat England  
bereits über 200 Mann verarmelt, Japan und Frankreich je  
800 Mann und Rußland ca. 200 Mann. In Peking haben  
diese Staaten sowie die Union etwa 300 Mann als Gelände-  
schutzmächten untergebracht. Die Mächte haben während der  
Wirren überhaupt ganz erhebliche Streitkräfte zusammen-  
gezogen. Die Engländer transportierten ca. 900 Mann nach  
Tientsin, 150 Mann nach Hanau und ca. 500 Mann nach  
Kanton. Die Japaner haben Santau mit 700 Mann besetzt  
und die Amerikaner beförderten 100 Mann nach Peking,  
außerdem 500 Mann nach Nordchina, 90 nach Schanghai und  
auf einem Spezialschiff auf dem Jantse etwa 450 Mann Ver-  
stärkungen. Frankreich beorderte während des Aufstandes 250  
Mann Infanterie und eine halbe Feldbatterie nach Tientsin.

### Beleidigung der Glaser Festungsverwaltung.

Interessante Einzelheiten förderte eine Verhandlung vor  
der Kaiserlichen Strafkammer gegen den Redakteur Jilowski  
von „Drenthoorn“ anlage. 3. war der Beleidigung der  
Glaser Festungsverwaltung angeklagt, weil er einen Artikel  
veröffentlicht hatte, in dem es u. a. hieß, der Prospekt Engle-  
wicz, der seinerzeit von der Kaiserlichen Strafkammer wegen  
Vergehens gegen den Kaiserparagrafen zur Festungshaft verur-  
teilt worden war, sei im Festungsgefängnis drangaliert  
worden, weil er Pole sei. Um allen Schlägen aus dem Wege  
zu gehen, habe er seine Verurteilung nach Weichselmünde be-  
antragt und auch erteilt.

Der als Zeuge vernommene Glaser Festungscommandant  
Generalmajor v. Gregori befandete die Unrichtigkeit dieser  
Ausführungen; der Prospekt sei im Gegenteil jederzeit auf das  
Quartierkommando behandelt worden. Fünfmal habe er in der  
Wache in die Stadtküche zur Wäsche gehen dürfen, auch sehr  
viel Besuche empfangen, und seine Verlegung nach Weichsel-  
münde sei lediglich aus dienstlichen Gründen erfolgt. Der  
Commandant habe ihn lediglich gebeten, sich Postkarten nur  
in deutscher Sprache schicken zu lassen. Cruielen sei hingegen,  
daß sich der Prospekt dem Entgegenkommens wenig würdig  
gezeigt habe. Er sei heimlich mit dem Spion Trench in Ver-  
bindung getreten, habe, wie Trench selbst zugab, für diesen  
heimlich Briefe zur Post besorgt und in einem an Trench ge-  
richteten Briefe sich bereit erklärt, diesem Material für eng-  
lische Zeitungen zu liefern, auch dafür zu sorgen, daß Trench  
Gehalt im Abgeordnetenhause zur Sprache komme. Der (ab-  
gefangene) Brief befände sich bei den Anklagenden.

Diese Darlegungen erregten großes Aufsehen. Der Prospekt  
soll noch besonders vorgelesen werden, weshalb die Sache ver-  
tagt wurde.

### Beginn der deutschen Landwirtschaftswoche.

Beclin, 5. Februar.

Die Verhandlungen der deutschen Landwirtschaftswoche,  
die in den nächsten Tagen beginnen, gewinnen diesmal da-  
durch erhöhtes Interesse, daß zu dem durch die Reichstags-  
wahlen erfolgten Auf nach links Stellung genommen werden  
wird. An erster Stelle ist auf die Tagesordnung gestellt die  
Verprechung über die weiteren Ergebnisse der Reichs-  
finanzreform, außerdem wird man sich mit der Novelle  
zur preussischen Einkommen- und Erbschafts-  
steuerergesetzgebung befassen. Im Mittelpunkt der  
Landwirtschaftswoche aber steht die Plenarversammlung des  
deutschen Landwirtschaftsrates, der auch der Kaiser schon  
persönlich beigewohnt hat. In die allgemeinen Tagungen  
schließen sich verschiedene Beratungen von Spezial-Inter-  
essen.

Außer der beabsichtigten Bildung eines dritten Sechswägers,  
das die neue Marineanlage besetzt wird, wie das „F. T.“  
erfährt, für mehrere Wochen im Frühjahr ein Uebungs-  
und Schulgeschwader formiert werden, das der Ausbildung der Tor-  
pedoschiffen die Inspektion der Schiffsartillerie und des  
Torpedowesens zu stellen haben.

### Hot- und Personalmeldungen.

Dem russischen Vizekonsul in Beclin, Grafen v. der  
Olen-Saken, wird in einem kaiserlichen Reskript die aller-  
höchste Anerkennung für seine durch sechzig Jahre dem Vaterlande  
geleisteten wichtigen Dienste ausgesprochen. Das Reskript hebt  
hervor, daß Graf von der Olen-Saken alle seine Kräfte der Er-  
haltung und dauernden Befestigung der seit alters-  
her bestehenden engen Bande gewidmet habe, die Rußland  
mit dem befreundeten Deutschen Reiche verknüpfen.

Als Ordensverleihungen. Der „Reichsanzeiger“ gibt amtlich  
die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Kronprinzen  
Ferdinand von Bulgarien bekannt. Ferner meldet der  
„Reichsanzeiger“ folgende Ordensverleihungen: Dem Reichsgerichts-  
rat v. D. Dr. Rudolf Schlegel in Leipzig den Stern zum  
Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Ritter an  
der Dreifaltigkeit in Beclin und Mitglied des Evangelischen  
Oberkirchenrats in Rebenau, Geheimen Konfessionrat D.  
Lahusen, dem Geheimen Ratsrat Adolf Bärner, Vor-  
stand des Hochbauamts VI in Beclin, und dem Vorsitzenden der  
Handelskammer, Geheimen Kommerzienrat Wilhelm Deuker  
zu Crefeld den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife,  
dem Zweiten Ritter an der Kaiser Friedrich-Gedächtnis-  
Medaille Berlin Otto Vapler, dem bisherigen Direktor der Provinzial-  
Fobankreditanstalt in Berlin Julius Gelsler zu Groß-Siebers-  
feld, dem Landbaubauer Dr. phil. Selig Gronemann zu  
Hannover den Roten Adlerorden vierter Klasse und dem Professor  
Dr. Joseph Bellen und dem Geheimen Rechnungsrat Axel  
Neuhilf, Bureauverwalter des Evangelischen Oberkirchenrats,  
den Königlichen Kronorden dritter Klasse.

8. Sitzung, Montag, den 5. Februar.

Am Ministerisch: Dr. Henke.

Das Haus ist schon besetzt.

Präs. Hr. v. Goltz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr

Die erste Lesung der Steuerreform.

(Wänderung des Einkommens- und des Ergänzungsteuergesetzes.)

Finanzminister Dr. Henke:

Die Vorlage dieser Gesetzentwürfe beruht, wie bekannt, auf einer gesonderten Vorstudie. Am Grundgedanken der steuerrechtlichen Finanzreform im Reich und die noch nicht zu überhebende Einwirkung auf die preussischen Finanzen bei der Umbildung 1908 nur provisorische Steuerumlagen eingeleitet, unter dem Vorbehalt einer späteren Regelung. Die ganze Steuerreformvorlage war natürlich nur der Prüfung der Frage obzuliegen, ob die damals bestelligten Vorstudie nimmer erheblich sich über nicht. Die Denkschrift gibt die Antwort auf diese Frage. Der Gehalt nimmte diese Denkschrift nennlich eine Mittheilung über den Sachverhalt der Finanzreform. Aber sie behauptet doch für die Regierung und den Landtag eine wichtige und gründlegende Arbeit. Es stellt große Gedankenarbeit dar, die schafft große Klarheit über unsere Finanzlage und über die verschiedenen Bedürfnisse. Diese Arbeit ist nicht aus einer bestimmten Tendenz begangen, das kann ich betonen. Die Denkschrift hat für die Regierung gewissermaßen geschwiegen, daß das Programm von 1909 durch die Fortschrittlichkeit in den Finanzen abzuwenden, mit Erfolg durchgeführt ist. Bei der Darstellung ist mehrfach die Ansicht geäußert, den Erfolg für die Steuerumlagen könne man in den reich liegenden Einnahmeverhältnissen finden; man hat sich auf meine Bemerkung bezogen, daß unsere Finanzlage eine glänzende sei. Einen solchen Ausdruck habe ich nicht gethan, ich habe nur hervorgehoben, daß die wirtschaftliche Grundlage unserer Staatsfinanzen gesund ist. Der preussische Staat ist in seiner ganzen Finanzlage durchaus gesund. (Beifall.) Aber daraus ist ein Schluß auf die Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit der Steuerumlagen nicht zu ziehen. Die großen Mehrheitsverhältnisse, die die Einnahmen dieses Reiches bringen, darauf seinen Schluß zu. Was in den Reichsfinanzen hinsichtlich der Einnahmen sicher aus wieder heraus. Der Minister behandelte in diesem Zusammenhang nochmals eingehend, in Erweiterung auf Dr. Friedberg und Gehring, die Frage des Einnahmeverhältnisses der Einnahmen. Herr v. Goltz hat ebenfalls andere Ideen über das Prinzip der Anleihen. Er will das Einnahmeverhältnis behalten, um gleichzeitige Schulden zu lassen, was ein weniger schickliches Verfahren ist. Ich habe nicht gegen die Steuerumlagen nicht ins Feld führen. Die Staatsfinanzen können es jedenfalls nicht ertragen, wenn nicht wenigstens ein Teil der Kapitalaufhebungen aus laufenden Mitteln genommen wird.

Bei ein Steuerreformem sich einleibt, ohne besonders hervorzuheben und nachteilig, denn nicht nur nach dem Reich, sondern auch nach dem Reich, und es nur in einzelnen zu verbessern und auszugestalten. Von diesem Gesichtspunkt ist die Finanzverwaltung ausgegangen. Sie hat aber auch alle dabei kommenden sonstigen Vorfragen geprüft; insbesondere die Vorgänge einer Vermögens- und Vermögenssteuer und einer Umlagesteuer. Es haben sich aber nicht alle durchführbar erweisen. Wir haben uns nun entschlossen, die Steuerumlagen insbesondere in der Steuerreform einzubringen. Von vornherein hatten wir uns dabei zur Richtschnur gemacht, insofern nicht höhere Beträge für die Staatskasse herauszubekommen, sondern nur für möglichst gleichmäßig zu verteilen. In der That ist die Steuerumlage in der hohen Einkommen nur mit der Zurückhaltung aufzuweisen, mit dieser die doppelte Wirkung nach der Seite der kommunalen Belastung; wir müssen mit der Gebühre rechnen, daß das zahlungsfähige Kapital aus Preußen auswandert. Auf der anderen Seite werden die Einkommen von 600 bis 1500 Mark bei der Steuer zu betreffen. Zunächst würde für den großen Anfall seine Deduktion sein, sondern aber müssen wir an dem Grundbesitz festhalten, daß den Reich und die Provinzen gegenübersteht. Die Kommunalbesteuerung der jetzt bewirkt in den Steuerreform einzuverleibenden Aufschläge wird, wie ich übergehe, für die Kommunen das führen, in den Prozenten herunterzugehen.

Der zweite Teil der Vorlage will der Finanzverwaltung die Möglichkeit geben, die steuerrechtlichen Einkommen aus wirtschaftlich in voller Höhe heranzubekommen. Dem soll u. a. die Bestimmung dienen, daß die Arbeitgeber über alle ungeschuldeten Angaben machen müssen, auch wenn ihr Arbeitsentgelt höher ist als 800 Mark. Wenn trifft der neue Entwurf Bestimmungen, die aufstellen zu einer vollständigen Steuererklärung zu erzielen. Insbesondere soll bei der Besteuerung wiederholter Hinterziehung der Steuer Vermögensstrafe einbringen können und zwar nicht an Stelle nicht einziehbarer Geldstrafe. Dies liegt ein allgemeines Staatsinteresse vor. Die Vermögensstrafe ist eine Vermögensstrafe als Ergänzungsschuld. Ob hierdurch für den Staat insofern Mehrerträge erzielt werden, ist freilich zweifelhaft. Den Anberaumung aus auf andere Vermögensgegenstände auszuweichen, liegt keine Bestimmung vor. Wir legen nun besonderen Wert darauf, die neuen Bestimmungen in richtiger und guter Weise in die

Generalparab, den wir einfügen. Wahrscheinlich Angaben sollen keine unangenehme Konsequenzen für die vergangene Zeit haben.

Es ist nun vielfach in Anregung gebracht, die Veranlagung der Einkommen und Abgabenminister abzugeben und die Veranlagung der Einkommen in die Hände der Provinzen zu übertragen. Ich will nicht in Abrede stellen, daß das eine geeignete Maßnahme wäre, in der ganzen Provinz eine möglichst einheitliche Veranlagung einzuführen. (Beifall links.) Aber auf der anderen Seite haben wir in der Provinz die Bedenken geltend gemacht. (Beifall rechts.) Die Schwierigkeiten liegen darin, daß wir zurzeit nicht eine ausreichende Zahl hinreichend vorbereiteter Vorarbeiten der Veranlagungskommissionen haben. Das Staatsministerium hat sich diesen Bedenken nicht verschließen und hat sich eine Änderung des bestehenden § 25 des Einkommenssteuergesetzes abgesehen. Um aber trotzdem eine möglichst einheitliche Steuerveranlagung in der ganzen Provinz herbeizuführen, sind die sämtlichen Vorarbeiten der Veranlagungskommissionen auf das nachdrücklichste darauf hingewiesen worden, die Vorarbeiten in der Provinz nicht zu unterlassen. (Beifall links.) Ich habe bisher nicht geäußert und sich der Steuerveranlagung nach jeder Richtung zu widmen. Zu gleicher Zeit ist Vorlegung getroffen, daß möglichst häufig Revisionen durch die Vorarbeiten der Provinzialparlamenten wie die Zentralparlamenten erfolgen, ob dieser Erfolg besetzt wird. In einem anderen Punkte ist der Provinz die Bedenken geltend gemacht, daß das bisherige Verfahren nicht ausreicht, soll ein besonderer Veranlagungskommissionen bestellt werden, und zwar nicht bloß für städtische und gemeindefreie, sondern auch auf dem ländlichen Lande. Der Provinz ist jetzt die Einleitung der Veranlagung der erneuerten Vermögensstrafe, daß die Möglichkeit der finanziellen Entlastung im Reich mit der Durchführung auf Preußen ein Moment der Unmöglichkeit bringt, daß die Vorlage aber in jedem Falle so große Vorteile hat, daß alle Anlauf gegeben sei, es ist vor zu berücksichtigen. (Beifall links.) Um eine große Kulturtaufgabe. (Beifall links.)

Hr. Dr. Vredt (Freisinnl.):

Die Frage, ob die Festlegung der Steuerumlagen eine Notwendigkeit ist oder nicht, wird einer Sache besonders Prüfung bedürfen, und ich meine, daß das in der Praxis nicht leicht zu entscheiden ist. Die zweite Frage ist die, ob wir in der neuen, beziehungsweise Verbesserung unserer Gesetzgebung in Bezug auf die direkten Steuern überhaupt eintreten sollen oder nicht. Diese Frage ist zu bejahen. Ob aber es sich wirklich um eine organische Ergänzung der direkten Steuern handelt, das ist noch sehr die Frage. Man beschließt, befindet sich der Entwurf darauf, das historische Gesetz beizubehalten und nur einige Neuerungen hineinzubringen. Die Regierung hätte auf verschiedenem Wege eine organische Neuordnung herbeiführen können. Erstens im Veranlagungsverfahren, bei dessen Erhaltung der städtischen Einkommen. Dann bei der Verteilung der Einkommen, die Einkommenssteuer, namentlich bei den indirekten Einkommen. Ferner durch verschiedene neue Veranlagungen der Einkommen in der Hand von verschiedenen Personen, also verschiedene Bemessung der persönlichen Leistungsfähigkeit aus dem Einkommen, wie das beim Kinderzuschlag schon der Fall ist. Wir können auch nicht an dem Problem vorbei der Frage, ob die Einkommensteuer in der Provinz nicht besser zu gestalten ist, als die indirekten Steuern für das Reich, die direkten für den Einzelnen. Aber wir kommen zweifellos damit nicht mehr durch. Das Reich hat schon damit begonnen, die direkte Steuer sich mehr zu machen, rückwärts, die indirekten Steuern der Spekulationsgewinn nicht zu berücksichtigen. Grund- und Gebäudesteuer sollten in voller Höhe abgeschrieben sein. Der Redner erörtert die Frage der Besteuerung der Vermögensgegenstände und empfiehlt eine Besteuerung der Vermögensgegenstände.

Hr. Dr. Reil (Natl.):

Die bestmögliche Berücksichtigung der Deflation ist zu billigen; auch gegen die Gesetzentwürfe läßt sich nichts sagen. Die Veranlagung aber, daß den Zuschlag wegen Vergrößerung der Deflation der Vorarbeiten der Veranlagungskommissionen festhalten soll, ist ein wenig unmöglich. Weder will die Ergänzungsschuld auf die Provinz übertragen werden, die Einkommen der Provinz zu übertragen, das Einkommen dieser Gesellschaften erhalten sind. Die Einkommenssteuerumlagen entstehen, weil die Situation im Reich nicht zu überlegen war. Genau so aber liegen die Dinge heute, und so sind wir zu einem anderen Punkte zu kommen. Die Veranlagung der Einkommen der Provinz bringt jährliche Verbrauchs von 100 bis 175 Millionen. Das ist schon das beste, was vereinbaren ist ein neues Budgetarium von etwa drei Jahren. (Beifall rechts.)

Hr. Graf Eber (Centr.):

Der Schuld der Privatinteressen darf nicht übersehen werden. Nicht übersehen werden, entstehen gegen alles Sozialistische vorzugehen. Die Einkommensteuer ist ein sozialpolitisches Instrument, die auf die Dauer zur Sozialdemokratie führen muß. (Beifall links.) Wie die Dinge im Reich liegen, läßt sich gegenwärtig nicht entscheiden, aber die Einkommensteuer ist ein Instrument, das aufzuheben ist. Gegen die Einführung der Einkommensteuer habe ich Bedenken; wie lange noch, dann folgt die Zuschlagsfrage. (Beifall rechts.) Zur: Wirtschaftliche Gegen die hohe ist nicht; sie ist weniger unangenehm als die Einkommenssteuer.

Hr. v. Goltz (Centr.):

Der Grundgedanke des Einkommenssteuergesetzes ist, an dem erinnert an die Zeit, da der Reichstag die Einkommenssteuerminister Dr. Müller nach einer Vorlesung vor. (Beifall rechts.) Aber das Gesetz ist immer mehr verfestigt worden. Es muß geändert werden, daß die vermögenden Klassen nicht nur ebenfalls die Einkommenssteuer, sondern einen wesentlichen Teil der Einkommensteuer zu besteuern.

Hr. v. Goltz (Centr.):

Durch die Reichsfinanzreform ist die Steuerentlastung der Arbeiter noch erhöht worden. Wenn man die Einkommenssteuer mit Vergleich mit den Steuern heranzieht, so übersteht man die großen Einkommens der Einkommen. Auch die vorerwähnten Reformen des Steuerrechts bringen keine Veränderung der Einkommenssteuer. (Beifall links.)

Hr. v. Goltz (Centr.):

Das Haus vertagt sich. Dienstag 11 Uhr: Weiterberatung. Eschlag 4 1/2 Uhr.

Ausland.

Heimkehr des englischen Königs paares.

Der König und die Königin trafen mit der königlichen Familie und Gefolge mit Extrazug auf dem seitlich dekorierten Victoria-Bahnhof ein. Ungeheure Menschenmassen hielten trotz eifriger Winterwetters die Zugänge besetzt. Nach dem offiziellen Empfang durch das auf dem Bahnhof stehende Militär, die Hofkammer, die Lordmarschall und andere Mitglieder des Hofes, wurden die Königs paares in feierlichem Aufzuge mit Truppenreiter durch die seitlich geschmückten und vom Publikum dicht besetzten Straßen des Westends nach dem Buckingham-Palast. Überall wurden ihm warme Ovationen dargebracht.

Intervention der Vereinigten Staaten in Mexiko?

Präsident Taft hat eine Depesche des amerikanischen Botschafters Wilson in Mexiko erhalten, in der die dortige Lage als sehr ernst bezeichnet wird. Aber, so heißt es weiter, geht seine Unfähigkeit zu, Leben und Eigentum der amerikanischen Bürger in Mexiko wirkungsvoll zu schützen. Nach einer Konferenz Tafts mit dem Staatssekretär Knox und dem Kriegsminister Timson, wurde vom Kriegsdepartement offiziell mitgeteilt, daß amerikanische Truppen gegebenenfalls, im Einverständnis mit dem Präsidenten Robero, die mexicanische

Grenze überschreiten werden, um den Schutz der Amerikaner in Mexiko zu gewährleisten. Die im Staate Texas dislozierten Truppen sind bereits an die Grenze beordert worden. Weitere Mobilisierungsbefehle sind vorbereitet.

Die Kälte.

20 Grad unter Null in Berlin. Aus Berlin wird berichtet: Die Kälte der letzten Tage ist bis zur Stunde immer noch im Wachen begriffen. Die absolut größte Kälte war Montag früh um sechs Uhr zu verzeichnen; das meteorologisch-magnetische Observatorium von dem Telegraphenberg bei Potsdam hat früh 6 Uhr 20 Grad Kälte gemessen. Das ist bisher der tiefste Stand der Luftverhältnisse in Groß-Berlin und Umgebung. Die Berliner Wetterwarte, die sich im Gebäude der Landwirtschaftlichen Hochschule befindet, hat Sonntag die größte Kälte mit 19,8 Grad registriert. Montag früh war das Quecksilber nur auf 16,5 Grad gesunken. Die Kälte machte sich Montag klarer bemerkbar als Sonntag, da ein schneidender Wind durch die Straßen und Plätze weht. Der Ostwind wird uns wahrscheinlich weitere Kälte bringen, da im Osten des Reiches nach viel niedrigeren Temperaturen herrschen als in Berlin. So ist an eine Abnahme der Kälte für die nächsten Tage nicht zu denken.

Im Reich.

Im Rheinland ist das Wetter in den letzten zwei Tagen

sehr milderlich geworden. In der Eifel und auf den sonstigen Rheinhöhen herrschte eine bittere Kälte bis zu 30 Grad. Nebenflüsse von der Breite der Räder sind seit einigen Tagen in großen Breiten zugefroren. Der Rhein selbst ist von großen Massen Treibeis bedeckt, ein Schwall, das man seit mehreren Jahren nicht mehr gesehen hat. Auf dem Rhein des Bergischen Landes und des Sauerlandes hat der Eis Sport eingelegt. Hier hat sich für den Winterpart eine lebhaft Fremdenindustrie herausgebildet. Am Sonntag wurden die Rodelbahnen von Tausenden von Sportbegeisterten besucht. Auffällig ist die außerordentlich große Zahl von Unfällen, die sich ereigneten. In der Gegend von Hagen passierten an einem einzigen Tage mehr als 15 Unfälle. Die Kaiserstube meldet man, daß beim Rodeln in der Nähe von Bruchsal ein junger Mann lebensgefährlich verunglückte. In Waldsruh fuhr eine Dame gegen einen Knäuelstein und zog sich eine schwere Schädelverletzung zu. Die Handwerker von Albed und das Lotzenamt in Trauenburg teilen mit, daß der Hafen von Albed-Transmünde durch Eisbrecher offen gehalten ist. Sonntag gingen vier Dampfer seandris nach Norden.

In Paris.

Die große Kältezeit hat nun auch Frankreich heimgesucht. Aus Nord-, Mittel- und Ostfrankreich kommen Nachrichten über große Schneefälle mit geringem Frost. Die Temperatur sank stellenweise auf 20 Grad unter Null. Die Wälder sind zugefroren. Viele Todesfälle infolge der außerordentlichen Kälte werden gemeldet. In Paris erreichte Sonntag die Temperatur 10 Grad unter Null, in Lyon und Besancon 16 Grad. Seit vielen Jahren hat man derart strenge Frosttage in Frankreich nicht mehr gehabt. In Hamburg dagegen hat die Kälte seit Montag mittags nachgelassen.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 5. Febr.

Am Vorstandsitz der Herren Geheimrat Professor Dr. Schmidt-Rimpler, Justizrat Köhring und Kaufmann Probst...

Die Eingaben in eine Mitteilung des Magistrats, daß die Beschlüsse der Verammlung über die Zusammenlegung der Deputationen akzeptiert hat...

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Herr Stv. Kallmeyer begründet einen den Koherverkauf

Koherverkauf

des Gaswerkes betreffenden Antrag folgenden Wortlaut: Das Stadtverordnetenamt wolle beschließen: 1. Der Magistrat wird erlucht, das Kuratorium der städtischen Gas- und Wasserwerke zu veranlassen, in erneute Erwägung einzutreten...

Es entwickelt sich eine sehr ausgedehnte Debatte, in der von Magistratsvertreter sowie von Mitgliedern des Gaswerkskuratoriums darauf hingewiesen wird, daß der Verkauf des Koks nach Gewicht im Interesse des Gaswerks wie der Verbraucher das realere Verfahren sei...

Herr Stv. Emmer beantragt, zweierlei Preise einzuführen: für nassem Koks einen billigeren Preis als für trockenen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Emmer abgelehnt, ebenso der erste Teil des Antrags Kallmeyer; dagegen wird der zweite Teil mit 25 gegen 20 Stimmen angenommen.

2. Bei einer Neubebauung des Grundstücks Kleine Wallstraße 5 würde an der Grenze von Nr. 6 die an und für sich sehr enge Kl. Wallstraße noch weiter verengt werden. Auch würde hier ein ungeschöner Vorprung entstehen...

3. Der Verkauf des zur Domäne Lettin gehörigen Teils des Tofelwerders durch die Stadtgemeinde Halle ist unlänglich von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Nach dem vom Verkäufer gestellten Bedingungen hat die Stadt dem Käufer noch eine Entschädigung für Saat und Befeldung zu gewähren sowie die Fährte zu kaufen...

4. Wie die Herren Stv. Dehne und Probst ausführen, dürfte bei Betriebseröffnung am 28. August 1901 das städtische

Elektrizitätswerk

über 2 Dampfmaschinen von je 1500 effektiven PS. Durch die starke Dampfmaschinen des Elektrizitätswerkes seitens der Abnehmer mühe schon im Jahre 1903 an eine Vergrößerung des Werkes gedacht werden. Um diese möglichst billig zu gestalten, und um für die nächsten Jahre zur Deckung des Bedarfs an elektrischer Energie gesichert zu sein, beschloß man damals gleich zwei weitere Dampfmaschinen von je 1500 PS; diese standen dem Betriebe im Winter 1904 zur Verfügung...

Tages-Stromabgabe in die Netze im Dezember betrug sogar 43 000 Kilowattstunden gegenüber 30 000 Kilowattstunden im Vorjahre. Dies bedeutet also eine Zunahme von über 40 Prozent. Mit Rücksicht darauf, daß der Betrieb eines Elektrizitätswerkes, das ein so großes öffentliches Interesse vertritt, durch Bereitstellung genügender Betriebsmittel die größte Sicherheit gewährleisten soll und mit Rücksicht auf die weitere ständige Zunahme des Stromverbrauchs für den Winter 1912 und die kommenden Jahre ist keine Zeit mehr zu verlieren in der Beschaffung weiterer Betriebsmittel. Das Gebotene ist die

Aufstellung von zwei weiteren Dieselmotoren.

weil für diese die Fundamente und die Nebenapparate schon vorhanden sind und weil auch in der Zwischenzeit mit dem vorhandenen Dieselmotor, der seit Sommer vor. Jahres täglich für mehrere Stunden im Betriebe war und seit November vor. Js. im regelrechten Betriebe auf die Netze arbeitete, betragig gute Erfahrungen gemacht wurden, daß nicht allein die gefälligten Garantien erfüllt wurden, sondern nunmehr mit gutem Gewissen die Aufstellung weiterer solcher Maschinen empfohlen werden kann. Die weitere Aufstellung nur eines Dieselmotors aber hätte zurzeit keinen Zweck, weil dieser für den kommenden Winter voll zum Betriebe herangezogen werden muß und somit das Wert im Winter 1912 wieder ohne Notwendigkeit wäre. Es müssen daher gleich zwei Dieselmotore beschafft werden, weil außerdem auch bei Beschaffung von 2 Motoren die Anlagekosten sich wesentlich billiger stellen. Hervorzuheben ist noch, daß die Ersatzteile im Dieselmotortriebe auf Grund der bereits vorhandenen Ergebnisse gegenüber dem jetzigen Dampftriebe derartig hohe sind, daß allein an Bedienung und Brennstoffkosten für die erzeugte Kilowattstunde 1 Pfennig weniger ausgegeben zu werden braucht. Er ergibt dies beispielsweise für einen Motor bei 1600 Pferden Dauerleistung und 3000 Stunden jährlicher Betriebszeit eine Jahresgarantie von ca. 30 000 Mk. gegenüber über der Dampfmaschine bei gleicher Leistung.

Das Kuratorium des städtischen Elektrizitätswerkes ersucht daher, der sofortigen Beschaffung von zwei weiteren Dieselmotoren auszuweichen und die nötigen Mittel in Höhe von 425 000 Mk. aus der 3 000 000-Mark-Anleihe, bei welcher noch ausreichende Mittel verfügbar sind und welche für Erweiterungen des Elektrizitätswerkes bereit gestellt ist, bewilligen zu wollen.

Der Magistrat bemerkt, daß infolge der starken Zunahme der Stromabgabe wieder eine Vermehrung der Betriebsmittel notwendig geworden ist und daß ein Projekt sich in Arbeit befindet. Wegen der langen Lieferzeit der Dieselmotoren müßte deren Beschaffung rasch sofort in die Wege geleitet werden.

Herr Stv. Hörschel meint, unere Lage im Kohlenzevier weise uns darauf hin, Dampfturbinen zu verwenden. Eine solche Anlage gestalte auch, die Kessel aus dem Strohhahndepot, die wir bisher nicht preiswert verkaufen konnten, fernerhin zu verwerten. Er bittet, die Vorlage nochmals dem Kuratorium zur Begutachtung, damit es Erwägungen in jener Richtung anstellt.

Herr Direktor Jung vom Elektrizitätswerk entgegnet, die Verwendung von Dieselmotoren bringe große Ersparnisse und große Bequemlichkeiten gegenüber den Dampfturbinen. Wir hatten bisher mit einem Verbrauch von 50 000 Kubimeter Braunkohle jährlich zu rechnen. Sie ergaben 5000 Kubimeter Asche. Ihre Lagerung und schließlich Abfuhr erfordert hohe Kosten. Wenn wir Dampfturbinen betreiben, können wir bei ihrem starken Verbrauch nur Koks nur für 8 Tage Vorrat in den Kohlenbunkern lagern, sind also der Gefahr der Betriebsstörung ausgesetzt, wenn Schneewehen oder Streiks eintreten. Bei den Dieselmotoren, die mit Steinkohlenteeröl betrieben werden, fällt diese Gefahr weg. Drittens ist die Dampfturbinenanlage im Betriebe viel teurer. Wir können mit Dieselmotoren die Kilowattstunden um einen Pfennig billiger erzeugen; das sind bei 8 Millionen Kilowatt 80 000 Mk. Eine Dampfturbinenanlage erfordert 30 Mann zur Bedienung; die Dieselturbinen von gleicher Leistungsfähigkeit nur 3 Mann. Ersparnis 20 000 Mk. Insgesamt also

100 000 Mark Ersparnis.

Die Kesselanlage aus dem Strohhahndepot müßte erst wieder repariert werden; sie ist etwa 14 Jahre im Betrieb. Sie würde aber nur 600 Pferdekraft liefern, was gar nicht ins Gewicht fiele. Zudem paßt sie nicht in das System unseres Werkes.

Herr Stv. Emmer er meint, Herr Hörschel habe allzusehr als Kohleninteressent gesprochen.

Herr Stv. Hörschel vermahnt sich dagegen; er wolle lediglich, daß die Sache gründlich nach allen Seiten gefärrt werde.

Herr Stv. Kohn verlangt Garantien von der liefernden Firma, daß die Dieselmotore auch auf Steinkohlenteeröl ausprobiert sind; die Firma müsse in dieser Hinsicht Bürgschaft übernehmen.

Herr Direktor Jung entgegnet, die Firma sei bereits eine derartige Verpflichtung eingegangen.

Danach wird die Vorlage einstimmig angenommen.

5. Auf dem Grundstück Lubwig Wuchererstraße 88, Ecke Dörfelauerstraße, soll ein Neubau errichtet werden. Das einschneidende Bauprojekt sieht die Anlage einer Gärüberbrückung vor. Der entsprechenden Veneränder der Fluchtlinie stehen Bedenken nicht entgegen, zumal die Grundstückseigentümer sich verpflichtet haben, das hiernach zur Strafe entfallende Land der Stadtgemeinde unentgeltlich zu übereignen und die Kosten der strommäßigen Befestigung der abzutretenden Fläche zu tragen. Die Verammlung genehmigt die Veneränder der Baufluchtlinie. (Ref. Herr Stv. Giese.)

6. Auf dem Grundstück Spitze 4 ist ein Neubau errichtet worden. Nach der festgesetzten Fluchtlinie entfallen von diesem Grundstück ca. 8 Quadratmeter Land zur Strafe. Der Eigentümer, Maurermeister Hermann Voigt, fordert hierfür eine Entschädigung von 75 Mk. pro Quadratmeter. Diefen Preis hält der Magistrat für angemessen. Der Antrag wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. Giese.)

7. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu, daß mit der Gemeinde Ammendorf nachstehender Vertrag geschlossen wird: Die Stadtgemeinde Halle erteilt ihre Zustimmung zur Abtrennung einer Parzelle Gesamtlänge Ammendorf-Beelen-Altenoda von 15 603 Quadratmeter Größe von dem Gutshaus Beelen und Einverleibung derselben in den Gemeindebezirk Ammendorf. Die Stadtgemeinde Halle verpflichtet sich, das nach dem Projekt von 1909 zur Anlage der Elsteralbahn vom Gutshaus Beelen benötigte Gelände von etwa 1,50 Hektar Größe zu diesem Zwecke an das Bahnunternemen zum Preise von 2,50 Mk. abzutreten. Es handelt sich in erster Linie um die Um-

wechslung des ammendorfer Gesamtlängungsgrundstücks. Letztes hat den Verkauf des Grundstücks an die Gemeinde Ammendorf hat sich die Stadtgemeinde verpflichtet, der Umgegend nicht zu widersprechen. (§ 5 des Kaufvertrages vom 18. September 1909.) Ferner läßt die Gemeinde Ammendorf ihren Einspruch gegen den Bauantrag für den an das Gesamtgrundstück angrenzenden Teil des Siedelhofenplanes fallen und räumt der Stadtgemeinde Bewegungsfreiheit für den Fall des eventuellen Ausbaues einer der Grenzstraßen ein. (Ref. Herr Stv. Springer.)

8. Der Magistrat beantragt, einen Vertrag mit der Firma Gebrüder Nagel über Verpachtung und Wiederurbarmachung des von der Grube 'Gildau' zum Abbaugepachteten Landes auszufließen. Die Uckerfläche war durch Vertrag vom 15. Mai 1908 der Grube 'Gildau' zum Abbaupachtet. Ueber das Vermögen der Grube ist im Jahre 1910 der Konkurs eröffnet, der Konkursverwalter ist nicht in den Vertrag eingetreten. Wegen der Verminderung hat die Grube Sicherheit gefordert. Der Vertrag bezweckt, das größtenteils zu Bruch gegangene Land wieder nutzbar zu machen. Er wird angenommen. (Ref. Herr Stv. Hrehnholz.)

Punkt 9 fällt aus.

10. Der unter Kap. XIII. A. I. 6 eingeleitete Betrag von 16 000 Mk. zur Befriedigung diätarischer technischer Hilfskräfte für das Hochbauamt vom Ende Dezember 1911 bereits bis auf 2329,05 Mk. angebracht. Dieser Betrag reicht, wie der Referent Herr Stv. Springer ausführt, für die drei letzten Monate des Rechnungsjahres nicht aus. Die Etatsposition muß vielmehr um 2200 Mk. vergrößert werden. Der vorzeitige Verbrauch der Mittel ist mit darauf zurückzuführen, daß für Aufstellen der Taxen zur Verzinsungsteuer bis zum 31. Dezember 1911 rd. 1300 Mk. verausgabt worden sind. Ferner sind die Kosten zur Ausarbeitung des Entwurfes für die Spinnstreckerei, für welche besondere Mittel nicht zur Verfügung standen, mit rund 900 Mk. aus Kap. XIII. A. I. 6 gezahlt worden. Weiter hat die Ausführung von Gebäudebeschreibungen für die Steuerverwaltung rd. 250 Mk. Kosten verursacht, welche mangels anderer Mittel ebenfalls auf den genannten Etatposten verbucht werden mußten. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt den Betrag von 2200 Mk. zur Verfügrung.

11. Die mit 97,68 Mk. bereits überflüssige Etatsposition Ausgabeartikel A. II. 15 des Haushaltsplanes der Paul Riebeck-Stiftung für das laufende Rechnungsjahr wird um 400 Mk. aus den zu erwartenden Betriebsüberschüssen dieser Stiftung vergrößert. (Ref. Herr Stv. Springer.)

Punkt 12 betrifft Etatsberatung. Ohne wesentliche Änderungen werden angenommen die Kapitel: Gartenverwaltung, Allgemeine Verwaltung und Polizeiverwaltung. (Ref. Herr Stv. Zell) und Staats- und Provinzialangelegenheiten (Ref. Herr Stv. Tolberg.)

Die Nichtinkorporierten an der Hallechen Universität.

Die Angelegenheit des Allgemeinen Studenten-Ausschlusses ist, nachdem sämtliche Eingaben der Nichtinkorporierten um Gleichberechtigung von der ad. Behörde abgelehnt sind, in ein neues Stadium getreten.

Es ist, wie wir hören, die Vermittlung des Ministeriums in dieser Angelegenheit von den Nichtinkorporierten angereuert worden.

Protest gegen Straßensperrn.

Infolge besonderer Einladung hatten sich am Sonnabend abend im 'Augustinerbräu' eine größere Zahl von Besitzern derer Führer eingefunden, um zu der von der hiesigen Polizeiverwaltung beabsichtigten Sperrung mehrerer Hauptstraßen für Kraftfahrzeuge und von nach dem Marktplatz Stellung zu nehmen. Zunächst wurde ein amtliches Schreiben bekannt gegeben. Bis zum 20. d. M. sollen sich die mit einem solchen Schreiben bedachten größeren Fuhrzughäfte über die zu treffende polizeiliche Maßnahme geäußert haben. Da diese Maßnahme von allgemeinem Interesse ist, so hielt man es für nötig, die Inhaber von schweren Fuhrwerken zu einer Besprechung einzuladen.

Man führte aus: Die Sache ist nicht so leicht zu nehmen, denn wenn erst das Verbot für Lastfahrzeuge ergangen ist, dann dehne sich das Verbot auf noch weitere Gesehrtze aus. Wollte man vielleicht durch das Verbot das teure Holzplaster schonen? Dann müge man solches überhaupt nicht verlegen. Entschieden verneint wurde, daß die Hauptstraßen desahenden Lastfahrzeuge, zu denen auch die Hahnenelagen und die Wagen der Spediteure zu rechnen sind, ein Hindernis für den Straßenverkehr bilden sollen. Das ist früher bei der Enge mancher dieser Straßen der Fall gewesen, heute, wo sie verbreitert sind, nicht mehr. Der Verzicht spielte sich glatt ab, man solle ein schriftliches Kader haben, dieses Kader leichter Gesehrtze, die Autos und Kader haben, diese läßten den Verkehr fortgesetzt und bringen Kassen in die Gefahr, überfahren zu werden. Geht es um den Fall, es ginge nicht anders ohne dieses Verbot, dann müge man vor allen Dingen erst die angeordneten Beschränkungen in einen ordnungsmäßigen Zustand setzen, d. h. mit gutem Vflaß versehen. Das trifft z. B. auf die Kleine Ulrichstraße zu. Die Rathausstraße als Entlastungsstraße anzunehmen, dürfte verfehlt sein, man würde aus den Kassen mit dort haltenden Gesehrtzen nicht herauskommen. Erst soll man dort durch Befestigung der alten hahnenelagen Gebäude eine Verbreiterung der Bahnhofsstraße schaffen. Wie man es fertig bringen wolle, mit schweren und langen Gesehrtzen die Große Bauhausstraße (Entlastungsstraße) hin und zurück zu passieren, sei ein Kunststück; auch hier würde man fortgesetzt mit Widermärtigkeiten zu rechnen haben. Es liege ein wichtiger Grund zur Sperrung der unteren Leipzigerstraße, der unteren Großen Eintrichstraße und der Großen Ulrichstraße (nach bestimmter Richtung) für Kraftfahrzeuge nicht vor.

Die Verammlung beschloß durch Ablehnung und Sammeln von Unterschriften aus den Kreisen der Interessenten unter einer Eingabe, die an die Polizeiverwaltung zu richten ist. Auch sollen weitere Kreise für die Bewegung gewonnen werden. Man will die Angelegenheit in den kommunalen Vereinen zur Besprechung bringen, damit auch die Stellung dazu nehmen. Die Verammlung wählte eine Kommission, welche das Weitere zu veranlassen hat.

Unser Landtagsabg. Herr Justizrat Dr. Reil, ersucht gestern im Preussischen Abgeordnetenhause bei der ersten Sitzung der Steuerreform (Abänderung des Einkommen- und des Erbschaftsteuergesetzes) das Wort, um die als Lehen die Stellung keiner Parteifreunde zu begründen. Rechner bestmögliche entziffert die Einkommensteuer des Veranlagungswesens, die die Ertragskraft der Einkommenssteuer zu steigern würde, daß die Zufüsse als als Abfertigung erwiesen würden. Die Rede war von Karl em Seidemann auf der linken Seite.

# Letzte Nachrichten.

## Die Kabinetskrise in Bayern.

München, 5. Febr. (Privattelegramm.) Die Entlassung über Verbleiben oder Nichtverbleiben oder Umgestaltung des Ministeriums wird jedenfalls noch vor dem auf den 22. Februar anberaumten Zusammentritt des neuen Landtages, wahrscheinlich aber nachdem das Wahlergebnis bekannt und gewürdigt worden ist, also in den nächsten Tagen schon erfolgen. Die Annahme scheint berechtigt, daß das Ministerium beabsichtigt, durch das Entlassungsgesetz die Entschlüsse der Krone zu erleichtern. Wenn die Entlassung nicht angenommen wird, ist die Stellung des Ministeriums dem Landtage gegenüber wesentlich gefestigt. Bisher wurde eine Erwidung dieser Art absichtlich vermieden, damit nicht der Eindruck erweckt würde, als ob die Regierung irgendwie zugunsten dieser oder jener Partei den Verlauf der Wahl beeinflussen wolle. Der Regent empfing inzwischen die Minister von Pfaff und Brettreich. — Die Wahlbeteiligung in München war schon heute vormittag derart stark, wie noch nie zuvor.

München, 5. Febr. (Privattelegramm.) Die feierliche Eröffnung des neuen Landtages findet Mitte Februar und zwar in Abwesenheit des Regenten, der nach Erledigung der Kabinetsstrife sich nach Berchtesgaden begibt, durch den Prinzen Ludwig statt.

München, 5. Febr. (Privattelegramm.) Heute nachmittag fand im Ministerium des Neuen unter Vorherrschaft des Ministerpräsidenten v. Bodenwils ein längerer Ministerrat statt. Das Ergebnis der Beratung war die Gesamtbemission des Kabinetts Bodenwils. — Unmittelbar nach dem Ministerrat wurde Graf Bodenwils vom Prinzregenten in Audienz empfangen.

## „Republik“ China.

Peking, 5. Febr. Viele der kaiserlichen Prinzen verließen die Hauptstadt. Die Prinzen Kung und Su sind nach der Mandchurei gefahren, um dort die Stimmung des Volkes zu erkunden. Der Prinzgenosse Sun ist nun geneigt, die Republik anzuerkennen, aber der Kommandeur der Truppen Liangshichun ist unversöhnlich. Der Nanfing „Times“ Berichterstatter hatte eine lange Unterredung mit Sun janten, der erklärte, er würde sofort zurücktreten, wenn Sunjantsch sich selbst als Republikaner erklärt, und er würde alles tun, um des letzteren Wahl zur Präsidentschaft zu unterstützen. Sunjantsch teilte ferner mit, daß er den Vorschlag gemacht habe, die gegenwärtige Regierung solle für ein Jahr am Ruder bleiben und dann die Herrschaft an die einjährige Regierung übertreten. Sunjantsch habe ihm am Sonnabend telegraphisch, einen neuen Waffenstillstand für Heben Tage vorgeschlagen, und erklärt, er habe jetzt die Vollmacht, die Vorschläge der Republikaner anzunehmen.

London, 5. Febr. Die „Times“ meldet aus Tokio: In Japan herrscht erhebliche Besorgnis über den Ausgang der chinesischen Krisis. Man erkennt das Gesicht Sunjantsch als, fürchtbar aber, daß ihm die Herrschaftseigenschaften fehlen, die für eine geistliche Wirksamkeit des neuen Systems notwendig wären.

## Megus Menelik.

W. Paris, 5. Febr. Meldungen aus Adis-Abeba belegen, daß Rat Mikel und Rat Demissit mit 36 000 Mann die Stadt besetzt halten. Aus dieser Meldung läßt sich der Schluß ziehen, daß Kaiser Menelik gestorben ist.

## General Canera.

Rom, 5. Febr. Wie gemeldet wird, kommt General Canera nach Rom, um mit dem Kriegsminister Engelshausen über den bevorstehenden Vormarsch ins Innere von Tripolis zu besprechen. Der Aufenthalt soll 10—12 Tage währen.

## Schneesturm.

Venedig, 5. Febr. Hier wütet seit zwei Tagen ein Schneesturm von großer Heftigkeit. Pläze und Brücken zu passieren, ist lebensgefährlich. Die Stadt ist wie ausgedehnt.

Naumburg, 6. Febr. Reichstagsabgeordneter Staatsminister a. D. Graf von Potadowsky begibt sich heute vormittag zur Eröffnung des Reichstages nach Berlin.

## Witterungs-Aussichten.

### Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Z l m e n a u. Montag, 5. Februar, 8 Uhr morg.

### Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Dmohs, wie auch gestern angenommen, das Hoch nach Osten gezogen und das im Südwinkel vordringende Tief sich in zunehmender Bewältigung bemerkbar macht, herrscht in Mitteleuropa bis Frankreich noch intensive Kälte. Diese wird wohl bei weiterer Vordringen des Tiefs nachlassen, doch ist Lawetter noch nicht zu erwarten.

### Witterungsaussicht für den 6. Februar:

Mäßiger Wind, trübe mit Schneefall, nachlassender Frost.

### Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

7. Februar: Blauf. Beobacht. trübe, um Halb. 8. Februar: Beobacht. trübe, Frost. 9. Februar: Beobacht. bewölkt, schwach. 10. Februar: Wärmer, lebhafter Wind, Niederschläge.

Deutschland an dem Tage, wo es im Flugwesen einen Vorprung gewonnen haben wird, von keinem anderen Lande wird eingeholt werden können. Ohne Zeit zu verlieren, müßten die Franzosen schon von diesem Jahre ab eine Flotte von 2000 bis 3000 Aeroplanen beschaffen. Diese Flotte müßte ein wahres Armeekorps werden, das den übrigen 20 Armeekorps die erforderlichen Flugzeuge und Piloten liefern könnte. Frankreich müßte sich vor Augen halten, daß die Eroberung der Luft die Eroberung der Welt bedeutet.“

## Vermischtes.

### Einbürgerung eines Vergnügungstotals.

In Greifswald entstand am Sonntag vormittag in dem größten dortigen Vergnügungscasino von Gruch in der Kuhstraße ein Großfeuer, das fast alle Baulichkeiten des ausgedehnten Lokals in Asche legte. Nachdem am Sonnabend abend ein größeres Vereinsvergüngen abgehalten worden war, das sich bis gegen 7 Uhr morgens ausgedehnt hatte, begaben sich die Familie des Wirtes und das Personal in den Räumen des oberen Stockes zur Ruhe. Zwischen 10 und 11 Uhr vormittags wurde in den Wirtschaftsräumen Feuer bemerkt, das zunächst nur geringe Ausdehnung hatte. Jeder machte der freige Frost es unmöglich, daß genügend Wasser herbeigeschafft werden konnte, da alle Hydranten zugefroren waren. Es ergriß der Brand schließlich auch die Bühnenräume und den großen Saal. In kurzer Zeit war das ganze große Casino ein Flammenmeer. Die Familie und das gesamte Personal hatten zunächst nichts von dem Feuer bemerkt und mußten erst aus den bereits verqualmten Schlafzimmern geholt werden, was glücklicherweise vollkommen gelang; es sind weder Tote zu beklagen noch ernstliche Verletzungen durch den Brand zu verzeichnen. Für die Stadt Greifswald ist das Brandunglück besonders empfindlich, da zunächst kein anderes so geräumiges Lokal zur Verfügung steht.

### Zum Ueberfall auf den Kassenboten Gabo.

Paris, 5. Febr. Ein Franzose namens Guesnot, der unter dem Verdacht, falsches Geld veräußert zu haben, verhaftet wurde, hat der Polizei erklärt, daß er Kenntnis habe vom Verfall des Hauptattentäters auf den Kassenboten Gabo in Paris, der sich in einem Versteck in der Umgegend von Paris verborgen halte. Die Pariser Polizei verhängte sofort die Polizei in Paris von dieser Enttarnung, die namentlich die neue Spur des Täters Careau verfolgte.

### Ein Opfer seiner Erfindung.

Ein schreckliches Tod fand Sonntag in Paris ein Fallstrickkonstrukteur, der Damen Schneider Franz Kiesel, ein gebürtiger Dellerreider, der nicht davor zurückredete, sich von dem etwa 60 Jahre hohen ersten Stawert des Geistes tumes hindurchzusetzen, um die Generalität eines von ihm erfundenen Fallstrickapparates herzutun. Der Schirm öffnete sich jedoch nicht; stattdessen ließ sich Kiesel niederzucken, stürzte der Unglückliche kentrick in die Tiefe. Er kam mit geschmetertem Gliedern tot auf dem Boden an.

### Große Feuerbrunst in Paris.

Eine enorme Feuerbrunst, die leicht schwere Folgen hätte zeitigen können, brach Sonnabend in der Rue du Temple in Paris in einem Samen-Magazin aus. Zwei im Alter von 14 und 16 Jahren lebende Schlinge, die damit beschäftigt waren, ihr Abendrot einzunehmen, riefen durch einen unglücklichen Zufall eine Petroleumlampe um. Es entstand sofort ein großer Brand, der sich schnell ausbreitete. Die Tochter des Besitzers der Samenhandlung, die frant zu Bett lag, wurde unter großen Schwierigkeiten gerettet. Auch eine sechsjährige Frau, die sich aus Angst vor den Flammen zum Fenster hinausdrängen wollte, konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, so daß das Feuer außer dem Materialschaden keine Opfer an Menschenleben gefordert hat.

Ein Doppelleben. In Untermais bei Meran ist vor einigen Tagen der Ingenieur Emil Dagbiber in Berlin wegen Verdachts des Diebstahls verhaftet worden. Die Recherchen der Berliner Kriminalpolizei haben ergeben, daß dieser Verdacht vollumfänglich begründet ist. Dagbiber, der in einem Vororte Berlins mit Frau und Kindern wohnt, führt anscheinend ein harmonisches Familienleben. In Wirklichkeit ist er jedoch ein Eienfahrräder, der schlafende Reisende ihrer Wertgegenstände beraubt. So hatte er unter anderem im Schnellzug Bitterfeld-Spalle einem Herrn aus Nürnberg für 20 000 Mark Schmuckstücke gestohlen. Der Verabreichte ließ auf die Auffindung der Schmuckstücke eine große Belohnung aus. Dagbiber ließ die große Fressheit, den Versuch zu machen, auch diese Belohnung noch zu verdienen, und reiste zu diesem Zwecke nach Untermais, wo er von seinem Schicksal erlitt und entlarvt wurde. Seine Angehörigen sind durch die juristischen Entschlüssen vollständig niedergedrückt.

Verhaftung eines Pariser Bankdirektors. Am Sonnabend wurde auf Anordnung des Polizeichefs in Paris der Direktor des Comptoir de l'Union financiere, Bankier Daltaux, verhaftet. Daltaux stammt aus Belgien und ist seit einhalb Jahren in Paris ansässig, wo er durch seine großen Spekulationen die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden auf sich gelenkt hat. Wie gerüchweife verlautet, soll die Verhaftung des Bankiers darauf zurückzuführen sein, daß ihn die Polizei als gemeingefährliche Person für kleine Später betrachtet.

## Sport-Nachrichten.

Beim Berliner Selbsttag-Kennen im Sportplatz in der Potsdamer Straße war bis Montag nachmittag noch keine Verränderung in der Lage der Fahrergruppen eingetreten. Die Führung haben meist die Franzosen, unter denen sich besonders Jacquelin durch flottes Tempo auszeichnet. Aber Wünsche von Belang wurden in den letzten Stunden nicht mehr gemacht. Nach 36 Stunden waren 178 Kilometer zurückgelegt. In der 37. Stunde 149,80 Kilometer von der Spitzgruppe zurückgelegt. In der 38. Stunde kürzte Potasch; er zog sich eine Kopfverwundung zu, fährt aber das Rennen weiter.

### Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel, Eugen Steinmann; für Ausland und Exter Nachrichten: Karl Leitner; Beilagen, Vermischtes u. m.: Martin Fuchtwanger; für den Inzeratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Schmitt in Halle a. S.

### — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —

einzelne Unterhaltungsblatt.

Die Saale ist durch die anhaltende harte Kälte in der Nähe von Halle fast vollständig zugefroren. Die Eisdecke ist etwa 15 Zentimeter stark. Erst in der Nähe von Veltin ist der Fluß stellenweise offen. — Für die nächsten Tage wird übrigens ein mäßiges Nachlassen des Frostes und harter Schneefall angekündigt.

Eine Reise durch die Kongoländer. Mit dem größten Interesse ist hierher die dritte große Expedition verlost worden, die im Sommer 1910 Herzog Adolf Friedrich v. Medlenburg in innere Afrika unternommen hat und die ihn auch in diesem Gebiete des Französischen Kongo führte, die seit Ende vorigen Jahres deutscher Besatz geworden sind. In Halle wird man jetzt Gelegenheit haben, aus dem Munde eines Teilnehmers dieser Forschungsreise eine Schilderung derselben zu vernehmen. Donnerstag, den 8. Februar, wird der Zoologe Dr. S. Schubert in den Theatralen einen Vortrag über die Expedition halten und seinen Vortrag durch eine Reihe von Lichtbildern erläutern. (Karten bei Heinrich Hothan.)

Die vom Deutschen Eritritenverein geplante Münnervereinsammlung findet nicht im Februar, sondern erst am 5. März statt.

## Provinzialnachrichten.

Weihenfeld, 3. Febr. (Der Suchtgefangene Bruno Vogel.) Der kürzlich seinem Transporteur umweit Grödenhainchen aus dem Bahnhofs entpungen ist, ist hier gesehen worden und treibt sich jedenfalls in der Umgegend bettelnd umher. Er ist 1,92 Meter groß und von unterlegter Statur. Der Jüngerling der linken Hand ist trumm und der rechte Arm gekümmert. Wer den Flüchtigen antreibt, wird erlöst, ihn anzuhalten und der nächsten Polizeistation zu übergeben.

Zeh, 4. Febr. (Prof. Boehle.) Der zweite Vorlesende der Deutschen Turnerschaft Prof. Boehle, ist am Freitag vormittag in Thorn an seinem 82. Geburtstag nach kurzer Krankheit gestorben. Er wurde am 2. Februar 1830 als Sohn des Bürgermeisters von Bromberg geboren, kam in jungen Jahren an die Realschule der Französischen Stiftungen in Halle a. S., studierte Philosophie und wurde 1855 am Gymnasium zu Thorn angestellt. In dieser Stellung blieb er bis 1902. Vor zwei Jahren wurde in Thorn unter großer Beteiligung fast 80. Geburtstag gefeiert, wobei ihm die Ehrenurkunde der Deutschen Turnerschaft überreicht wurde. Prof. Boehle war nach dem ersten Vorlesenden Dr. Goeck in Leipzig der Letzte im Ausschuss der Deutschen Turnerschaft. In seiner Jugend hat er bei einer Turnfahrt, die er von Halle aus unternahm, den Turnarzt Jahr persönlich kennen gelernt. Im Jahre 1880 leitete er als stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Turnerschaft das Deutsche Turnfest in München, 1884 das Deutsche Turnfest zu Breslau.

Brensb., 5. Febr. (Der Vorschulverein) feiert am 25. Februar d. J. das Fest seines 50jährigen Bestehens durch Festmahl mit anschließendem Konzert im Restaurant zur Seftschere, zu welchem jedes Mitglied ein Geschenk und eine Platte einbringt. Der Fest geht mittags 1 Uhr eine Generalversammlung im Restaurant „Zum Jahnhau“ voraus.

Torgau, 5. Febr. (Die Vorarbeiten für das in unserer Stadt zu errichtende Denkmal Friedrichs des Großen) schreiten täglich vorwärts. Das Denkmal, das einen Höhenaufwand von 18 bis 20 000 Mark verurteilt, soll am Schluss des diesjährigen Kaiserjubiläums in Gegenwart des Kaisers enthüllt werden.

Eisenberg, 5. Febr. (Erfroren.) Ein reisender Handwerker fand in der grimmigen Kälte am Sonnabend früh bei der Neuen Schenke bei Einbau (Amtsbezirk Thierfeld) auf der Landstraße den Tod. Die Gemeinde löst die Leiche auf.

Halle, 5. Febr. (Waldbau.) Die ausgedehnten Waldungen des Majorats Herrn Freiherrn von dem Busche-Streitforst haben wieder einen bedeutenden Zuwachs erfahren. Die 350 Morgen große Bänkefläche, die sich zwischen der von dem Buschischen Besitzung und der Königl. Forst ausbreitet, ist durch Kauf in den Besitz des Herrn Baron v. d. Busche gelangt. Bekanntlich ist der bisherige Besitzer, Rittergutsbesitzer Bänke in Luedinburg, vor nicht langer Zeit gestorben.

Hegnere, 5. Febr. (Eine harte Arbeitsperiode) hat seit einiger Zeit in der Handweberei eingesetzt. Auch die hiesige modische Stricker, die einen beträchtlichen Teil der hiesigen jugendlichen Arbeiter beschäftigt, hat die Arbeitszeit um einige Stunden gestrichelt.

Jena, 5. Febr. (Zur Bürgermeistereiwahl.) Die Präsentationskommission zur Wahl eines Zweiten Bürgermeisters hat beschlossen, nachdem der eine Bewerber Otto Handred schwer erkrankt ist, noch einige andere Bewerber heranzuziehen.

Jena, 5. Febr. (Sonntagsruhe.) Gegen den Beschluß vom 18. Januar über die Einführung völliger Sonntagsruhe verankert der Rabat-Sparverein eine öffentliche Protestversammlung.

## Kunst und Wissenschaft.

Karl Wolf f. In seiner Vaterstadt Meran an der mit allen Höhen seines Lebens hing, ist der Titular Volkshilberer und Hofmann Karl Wolf im 84. Lebensjahre am Sonntag der tödlichen Krankheit, mit der er seit Wochen rang, erlegen.

Die Internationale Ausstellung für soziale Hygiene in Rom wurde Sonntag im Beisein des Königs und der Königin feierlich eröffnet.

## Luftschiffahrt.

### Kaiser Wilhelm Stiftung für den besten Flugzeugmotor und die Franzosen.

In einer eingehenden Erörterung des vom Kaiser Wilhelm für den besten Flugzeugmotor gestifteten 50 000 Mark-Preises schreibt der russische Militärflyger Popow in „Signor“ u. a.:

Wie der Kaiser durch seinen begeisterten Ansporn und durch seine unermüdete organisatorische Tatkraft es zumege gebracht hat, Deutschland innerhalb weniger Jahre mit einer großartigen Flotte auszustatten, so wird Deutschland dank der kaiserlichen Initiative und dank der vorbildlichen Energie des Prinzen Heinrich zweifellos in nicht allzu ferner Zeit eine fürchtbare Flotte von Flugzeugen besitzen. Die Franzosen müssen unergänglich alle ihre Kräfte anspannen, um von Deutschland nicht überflügelt zu werden. Sie müssen überzeugt sein, daß



